

# Pulsnitzer Tageblatt

Druckerei 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontokonto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezieger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzelle (Mosse's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramez RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Kreisnachschuß in Anrechnung.  
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramez, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörn, Bretzow, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 259

Freitag, den 5. November 1926

78. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Öffentliche Sitzung des Wahlausschusses für die Stadtverordnetenwahl

Montag, den 8. November 1926, nachmittags 6 Uhr  
im Rathaus, Ratssitzungszimmer.

#### Tagesordnung:

1. Verpflichtung der Beisitzer usw.

2. Evtl. Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis.
3. Evtl. Einsprüche nach § 13 der Gemeindevahlordnung.
4. Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge (evtl. Listenverbindungen).

Pulsnitz, am 4. November 1926.

Bürgermeister Kannegießer  
als Gemeindevahlleiter.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

## Das Wichtigste

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Moskau ereignete  
sich in Armenien ein neues schweres Erdbeben, bei dem insgesamt  
25 Dörfer vernichtet wurden.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Bogota (Kolum-  
bien) ereignete sich gestern in der Nähe des Ortes Meruvia an der  
nach Galbas führenden Eisenbahnstrecke ein umfangreicher Erdbeben.  
Durch die herabstürzenden Massen wurde der Lauf des Flusses Dnu  
gesperrt, jedoch in Galao eine Ueberschwemmung stattfand. Nach  
den bisher vorliegenden Berichten sind 27 Personen getötet und  
40 verletzt worden.

Der Reichspräsident hat dem König und Prinz Karl von Schweden te-  
legraphisch seine aufrichtigsten Glückwünsche anlässlich der Vermäh-  
lung der Prinzessin Astrid von Schweden mit dem belgischen Kron-  
prinzen ausgesprochen.

Der Reichstag wählte anstelle des zum Reichsminister ernannten Ab-  
geordneten Dr. Bell den Abg. Esser. Zentrum mit 221 Stimmen  
zum Vizepräsidenten des Reichstages. Auf den kommunalistischen  
Abgeordneten Stöcker entfielen 24 Stimmen.

Admiral Beatty, Generalstabschef der englischen Marine hat um seinen  
Rücktritt gebeten, nachdem er 7 Jahre diesen Posten bekleidete.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Washington wurde  
gestern der Führer der Deutschdemokratischen Partei Koch in Gegen-  
wart des deutschen Botschafters Freiherr von Maltzan vom Präsi-  
denten Coolidge empfangen.

Die Internationale Luftfahrtkommission hielt gestern nachmittags am  
Quai d'Orsay ihre Eröffnungssitzung ab. Der Zweck dieser  
Beratung ist die Verwirklichung der internationalen Luftfahrtsitz-  
jahrkonvention vom Jahre 1919.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat eine 10 prozentige  
Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für Hauptunterstützungs-  
empfänger beschlossen.

Ein Feuer vernichtete die Kinowerkstatt des staatlichen Kinetheaters  
in Moskau. 30 Menschenleben kamen um.

Wie die „Vossische Zeitung“ hört, haben gestern Abend im Reichstag  
Besprechungen stattgefunden über die schleunige Einbringung eines  
Initiativgesetzes, das den Zeugniszwang für die Presse im Straf-  
verfahren aufheben soll. Die Verhandlungen sollen derart günstig  
verlaufen sein, daß mit der Einbringung des Entwurfes bereits in  
den nächsten Tagen zu rechnen ist.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenblätter aus Paris hatte der  
deutsche Botschafter von Hoeft am Donnerstag nachmittags eine  
einstündige Unterredung mit dem Direktor des Auswärtigen Amtes  
Bethelot.

Wie die Morgenblätter aus Hamburg berichten, wurde auf dem Ham-  
burger Hauptbahnhof ein wertvolles Gemälde gestohlen, das die  
Ausschrift trägt „Brüggje um 1600“ und eine flämische Madonna  
mit Kind darstellt.

Die deutsch-protestantische Kirchenanleihe in Amerika über 2,5 Millionen  
Dollar ist am Dienstag überzeichnet worden.

## Mussolini und der Faschismus.

Seit etwa sechs Jahren sind wir gewöhnt, in Mussoli-  
ni den eigentlichen Herrscher Italiens zu sehen. Dieser  
Mann, der wahrhaft von sich sagen kann: „Der Staat, das  
bin ich!“, hat es in bisher unerreichter Weise verstanden,  
dem Könige zu geben, was des Königs ist, im übrigen aber  
die Zügel des Staatswesens — und zwar sowohl nach innen  
wie nach außen hin — in den eigenen starken Händen zu  
halten. Selbst die Gegner im eigenen Lande wie die zahl-  
reichen Leute im Auslande, die ihn nicht verstehen oder nicht  
verstehen wollen, müssen seine persönliche Lauterkeit aner-  
kennen, den heißen Wunsch, seinem Lande zu dienen, die  
eiserne Tatkraft, mit der dies geschieht. So ist ihm Italiens  
Volk mit immer größeren Scharen von Anhängern gefolgt;  
er, der Herzog, der „Duce“, genießt fast abgöttische Ver-  
ehrung.

Als d'Annunzio vor etwa sechs Jahren seinen Zug auf  
Trieste vornahm, bildeten sich die ersten faschistischen Gruppen,  
die mit ihrem Namen auf die fasces, die Ruten und  
Beil zeigenden und den Rechtswillen des Volkes verkörpern-  
den Bündel der altrömischen Littoren — das sind die Amts-  
diener der Magistrate — zurückgriffen. Aus diesen Gruppen,

## 10 prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

### Der Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses

Schlesinger und Weber zum Tode verurteilt — Coolidges Stellung geschwächt  
Ein neuer französisch-italienischer Zwischenfall

¶ Berlin. Nach ausgedehnter Debatte beschloß der  
Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten bei Stim-  
menthaltung der Volkischen, der Deutschnationalen und der  
Wirtschaftlichen Vereinigung, daß bis zum 31. März 1927  
die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger in der Er-  
werbslosenfürsorge wie folgt erhöht werden:

1. Für Erwerbslose über und unter 21 Jahren, die keine  
Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalt eines  
anderen angehören, um fünfzehn Prozent;
2. für alle übrigen Hauptunterstützungsemp-  
fänger um zehn Prozent.

Außerdem wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag  
angenommen, der bestimmt, daß die jugendlichen Erwerbs-  
losen, soweit sie bereits Erwerbsarbeit ausgeübt haben, in  
die Erwerbslosenunterstützung einzubeziehen sind.

### Die Parteien zur Frage der Erwerbslosenfürsorge.

Aus den Fraktionszimmern des Reichstags.

¶ Berlin. Den Gegenstand der Beratungen in den  
Fraktionszimmern im Reichstag bildet in erster Linie die  
Frage der Erwerbslosenfürsorge. Die Reichsregierung hat  
ihre Absicht bekanntgegeben, aber die ausgearbeitete Re-  
gierungsvorlage ist beim Reichstag noch nicht  
eingegangen.

Die Fraktion der Deutschnationalen Volks-  
partei nahm über diese Frage die Referate der Abgeordne-  
ten Lambach und Dr. Rademacher entgegen. Die Deutsch-  
nationalen würden geneigt sein, auf den Boden der Regie-  
rungsvorlage zu treten und der Erhöhung der Erwerbslosen-  
unterstützung um zehn Prozent grundsätzlich zustimmen. Sie  
haben aber gewichtige Bedenken gegen die Ge-  
samtverteilung der verfügbaren Beträge auf die ein-  
zelnen Gruppen der Erwerbslosen. Sie sind insbesondere  
dagegen, daß den jüngeren und ledigen Er-  
werbslosen in besonderem Maße die Vorteile der  
Erhöhung zufallen, während die größte Not bei den  
älteren Arbeitern und bei den Arbeiterfamilien herrscht. Es  
ist daher zu erwarten, daß die Deutschnationalen Aus-  
schußberatungen über die Regierungsvorlage beantragen werden.

Die Sozialdemokraten werden zunächst ihre  
eigenen Anträge über die Erhöhung der Erwerbslosen-  
fürsorge vertreten, überlassen aber die weitere Verfolgung  
der Angelegenheit ihrem Fachausschuss. Die Fraktion sieht  
keine Veranlassung, Beschlüsse darüber zu fassen, solange die  
Mitglieder des Fachausschusses einig sind. Sie warten ferner  
ab, ob und welche Kompromißvorschläge noch gemacht werden  
können.

Die Zentrumsfraktion stellte sich in der Er-  
werbslosenfrage hinter die Regierungsvorlage. Im  
übrigen beschloß sie, bei der Wahl eines Vizepräsidenten  
des Reichstages an Stelle des Dr. Bell das Fraktionsmit-  
glied Esser vorzuschlagen. Die demokratische Reichs-  
tagsfraktion stimmte den Vorschlägen der Reichsregie-  
rung zu. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volks-  
partei behielt sich ihre endgültige Entscheidung aber für  
eine Fraktionsitzung am Donnerstag vor.

## Coolidges Stellung durch die Kongresswahlen geschwächt

### Die Demokraten in der Opposition.

¶ New York. Aus den endgültigen Wahlergebnissen geht  
hervor, daß Präsident Coolidge endgültig die Kontrolle des  
amerikanischen Senats verloren hat. Ihm wird bis zum  
Ende seiner Präsidentschaftsperiode in der amerikanischen  
Oberen Kammer eine feindselige Mehrheit gegenüberstehen.  
Die letzten Wahlergebnisse zeigen, daß der Senat 48 Repu-  
blikaner hat, denen eine Opposition von 47 Demokraten,  
einem Farmerbeizler und fünf radikalen Republikanern ge-  
genübersteht, die wahrscheinlich in allen Hauptfragen vereint  
gegen die Regierungspartei stimmen werden.

## Der neue französisch-italienische Zwischenfall

Paris, 4. November. Eine Reihe von italienischen Blättern  
hat die Nachricht gebracht, daß Vertreter der faschistischen Polizei auf  
französischem Boden in Nizza Untersuchungen unter den dort weilenden  
Antifaschisten angestellt hätten. Diese Meldung bestätigte sich. Die  
Ereignisse haben sich etwa folgendermaßen abgespielt: Ein hoher italia-  
nischer Polizeibeamter, der frühere Präkett der Polizei von Florenz,  
Napolla, hatte sich unter falschem Namen nach Frankreich begeben, wo  
er sich als Rechtsanwalt ausgab. Er war in einem großen Hotel in  
Nizza abgestiegen und versuchte von hier aus mit dem zahlreich in  
Nizza weilenden Italienern in Verbindung zu treten, denen gegenüber  
er sich als Antifaschist ausgab. Die französische Polizei beschuldigte  
Napolla, sich mit falschen Papieren nach Frankreich begeben zu haben  
und forderte ihn auf, unverzüglich das französische Gebiet zu verlassen.  
Unterdessen war der frühere italienische Dersit Garibaldi, der als  
Verbannter in Frankreich lebt, von der französischen Polizei über  
seine Verbindungen zu den italienischen Flüchtlingen verhört worden.  
Gleichzeitig wurde eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung vorgenom-  
men und eine Reihe von Briefschaften und Papieren beschlagnahmt.  
Bei dem Verhör Garibaldis ergab sich, daß dieser in engerer  
Verbindung mit den antifaschistischen und antipolitischen Flücht-  
lingskreisen in Südschweiz stand. Garibaldi befindet sich zur Zeit  
noch in Haft. Obgleich die Polizei sich weigerte, Auskünfte über die  
Verhaftung Garibaldis zu geben, ist doch bekannt geworden, daß  
Garibaldi in Beziehungen zu dem Faschisten Napolla stand, daß er als  
Provokateur in Nizza aufgetreten war und sich selbst als den zukünftigen  
Mörder Mussolinis ausgegeben hatte.

### Wie wird das neue Wahlgesetz aussehen?

¶ Berlin. Wie ein gutunterrichtetes Berliner Blatt be-  
richtet, sieht die neue Reichswahlordnung den Wegfall der  
Reichsliste und die Einführung des Einerwahl-  
kreises vor. Der Entwurf bestimmt entgegen den bis-  
herigen Referentenentwürfen, wonach in einem Wahlkreis  
zwei oder drei Abgeordnete gewählt und die Reststimmen  
vollständig innerhalb der Wahlkreisverbände, die mit den  
heutigen Wahlkreisen zusammenfallen dürften, ausgeglichen  
werden. Nach einem zweiten Gesetzentwurf soll die Wahl-  
berechtigung mit dem 21. Lebensjahr be-  
ginnen.

Wie verlautet, geht der Gesetzentwurf darauf hinaus,  
möglichst weitgehend die Splitterparteien zu be-  
seitigen. Parteien, denen es nicht gelungen ist, in einem  
Einzelwahlkreis mit ihrem Kandidaten durchzubringen, er-  
halten überhaupt kein Mandat.

